V-41 Demokratie beleben: Internet befreien, Souveränität schaffen, Medien stärken

Antragsteller*in: Alexandra Geese (KV Bonn)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Die Tech-Oligarchen haben eine unheilige Allianz mit der Trump-Regierung geschmiedet. Ihr Ziel ist es, nicht nur die USA zu einem autoritären Staat umzugestalten, sondern auch in Europa demokratische Parteien durch rechtsextreme, Trump-freundliche Kräfte zu ersetzen. Besonders bedrohlich wird dieser Plan, weil Trumps und Putins Ziele hier übereinstimmen und die Tech-Unternehmen über soziale Netzwerke die öffentliche Meinung in Europa stark beeinflussen. Gleichzeitig ist Europa im digitalen Bereich von den USA abhängig: 80 % unserer digitalen Dienste stammen von US-Firmen, die den Anweisungen ihrer Regierung folgen müssen. Diese Abhängigkeit gefährdet sowohl unsere Demokratie als auch unsere Wirtschaft. Jetzt muss Europa diese Gefahr in eine Chance verwandeln und eine digitale Welt aufbauen, die im Dienst einer demokratischen Gesellschaft steht. Dafür fordern wir wir folgende Maßnahmen:

1. Algorithmen umgestalten – Nutzer*innen entscheiden, was sie sehen! Das von Google, Meta, X und TikTok dominierte Internet steuert die öffentliche Meinung im Interesse einiger Tech-Milliardäre sowie der chinesischen und US-Regierungen. Tech-Oligarchen wie Elon Musk und Mark Zuckerberg entscheiden mit ihren Algorithmen, wessen Meinung Millionen von Menschen angezeigt und wessen Meinung unsichtbar gemacht wird. Dabei gilt: Je wütender, desto besser. Empörender Content wie Hass und Desinformation wird bevorzugt, während die Sichtbarkeit von progressiven Parteien und seriösen Medien unterdrückt wird. Eine Studie von Global Witness während des Bundestagswahlkampfs zeigte, dass neu registrierte TikTok-Nutzer*innen, die gleichmäßig Accounts von AfD, CDU, SPD und Grünen folgten, zu 78 % AfD-Content in ihrer Timeline erhielten; bei X lag der Anteil bei 64 %. Elon Musk, Marc Zuckerberg und Co. zwingen ihnen solche Inhalte auf. Diese Meinungsdiktatur muss beendet werden! Menschen sollen im Internet das sehen, was sie bewusst selbst auswählen. Algorithmen, die Desinformation, Hass und Gewalt höhere Reichweite verschaffen als jenen journalistisch arbeitenden Medien, sind mit unserer Demokratie nicht vereinbar. Dank des europäischen Digital Services Act kann die Europäische Kommission bei systemischem Risiko für den öffentlichen Diskurs und Wahlen, sowie für die Medien- und Meinungsfreiheit Änderungen der Algorithmen durchsetzen. Das muss sie jetzt tun.

2. Unabhängige soziale Netzwerke
   Aktuell entstehen neue Modelle unabhängiger, offener sozialer Netzwerke, die auf ein Geschäftsmodell ohne Datenprofile, problematische Algorithmen und Kontrolle durch Milliardäre setzen. Ob Fediverse oder AT-Protokoll: Wir wollen gute Rahmenbedingungen für solche Plattformen schaffen, die

Europäer*innen Raum für einen freien, demokratischen Austausch bieten und Medien Sichtbarkeit verschaffen.

3. Freie Bahn für Innovation
Der Digital Markets Act verhindert, dass Gatekeeper ihre Datenmacht gegen andere Unternehmen einsetzen. Er ist ein wichtiges Instrument, um fairen Wettbewerb wiederherzustellen. Doch die Europäische Kommission wendet ihn nur punktuell an. Wir fordern eine konsequente Durchsetzung und den Schutz aller Unternehmen vor den Monopolpraktiken der Gatekeeper. Innovation entsteht durch Freiheit, nicht wenn Monopole sie im Keim ersticken.

4. Google zerschlagen – Ende des Monopols im Online-Werbemarkt
Der globale Online-Werbemarkt wird zu großen Teilen von Google kontrolliert. Google hat ein Monopol auf Angebot- und Nachfrageseite aufgebaut, das Verlegern, Werbetreibenden und insbesondere Bürger*innen sowie der Demokratie schadet. Dieses System führt zur chronischen Unterfinanzierung der Medien, weil traditionelle Werbeeinnahmen zunehmend an Google fließen und immer weniger Erträge bei den Verlegern bleiben. Die EU-Kommission hat bereits ein Verfahren eingeleitet. Dieses Verfahren muss mit strukturellen Maßnahmen, d.h. mit dem Verkauf von Unternehmensteilen enden. Langfristig braucht Europa Werbesysteme, die dafür sorgen, dass Einnahmen an denjenigen gehen, die die Inhalte produzieren, anstatt an Konzerne, die Daten sammeln.

5. Medien stärken
Die größte Gefahr für die Medienfreiheit in Europa ist die Unterfinanzierung. Google bedroht die finanzielle Unabhängigkeit von Medien zusätzlich durch KI-Tools wie AI Mode und AI Overview, die zu einem dramatischen Rückgang der Besucherzahlen der Seiten von Qualitätsmedien im Internet führen. Ohne wirksamen Urheberrechtsschutz und Plattformen, die Qualität belohnen und faire Geschäftsmodelle bieten, wird es in wenigen Jahren kaum noch unabhängige Medien geben, die nach journalistischen Standards arbeiten. Wir schützen das freie Web und das Urheberrecht, damit Medien angemessene Einnahmen erzielen können.

6. Offene Web-Dateninfrastruktur
Für digitale Souveränität und Informationsfreiheit ist eine offene europäische Web-Dateninfrastruktur unverzichtbar – ein Katalog aller im Internet verfügbaren Informationen und Dokumente. Sie bildet die Basis für vielfältige, souveräne Digitalinnovationen, etwa Suchmaschinen und KI-Anwendungen. Europa muss jetzt die Weichen stellen, um den Aufbau und Betrieb einer solchen Infrastruktur im Einklang mit europäischen Werten und Regeln zu ermöglichen. Unsere digitale Zukunft darf nicht in den Händen einzelner Konzerne liegen, sondern muss allen zugänglich sein. Derzeit ist der Zugang zu Wissen bereits durch intransparente KI-Chatbots und Angriffe auf Forschungseinrichtungen gefährdet.

7. Digitale Souveränität
Europa muss digital erwachsen werden. Wir benötigen eine eigenständige digitale Infrastruktur: Chips, Supercomputer, Rechenzentren und datenschutzfreundliche KI-Anwendungen. Europa verfügt über Talent, exzellente Universitäten und starke Unternehmen. Jetzt gilt es,

politischen Willen zu zeigen und sowohl private als auch öffentliche Finanzierung sicherzustellen. Ein erster wichtiger Schritt ist die Reform der Vergaberichtlinie, damit mit öffentlichen Mitteln europäische Firmen gestärkt werden, die unsere Gesetze einhalten und Wertschöpfung vor Ort schaffen. So bauen wir Kompetenz und Kapazitäten auf, reduzieren Abhängigkeiten, stärken die heimische Wirtschaft und schützen die Daten der Bürger*innen vor Missbrauch. Dazu unterstützen wir den Eurostack.

8. Eine europäische Cloud-und AI-Infrastruktur
Im kommenden europäischen Cloud-and-AI-Development-Act muss eine klare Definition von Souveränität für den Cloud-Sektor festgelegt werden. Souveränität über Daten in der Cloud bedeutet unter anderem, dass keine ausländische Regierung Zugriff hat, europäische Unternehmen profitieren, Kompetenz in Europa aufgebaut wird und die Beschaffung diversifiziert ist. „Souveränitäts-Washing“ durch komplexe Vertragskonstrukte, die uns noch tiefer in die Abhängigkeit treiben, muss durch eindeutige Definitionen ausgeschlossen werden. Sensible Daten wie beispielsweise Gesundheits- oder Verteidigungsinformationen müssen von europäischen Unternehmen gespeichert und verarbeitet werden, um höchste Sicherheits- und Datenschutzstandards zu gewährleisten.

9. Schluss mit der steuerlichen Benachteiligung europäischer Unternehmen
Es kann nicht sein, dass lokale Buchhändler mehr Steuern zahlen als Amazon. Heute zahlen US-Tech-Giganten weniger als die Hälfte der Steuern, die europäische Unternehmen entrichten. Wer in Europa Gewinne erwirtschaftet, muss gleich behandelt werden. Sollte die USA die im Rahmen der OECD erzielte Regelung weiterhin nicht ratifizieren, muss Europa selbst entschieden vorangehen.

10. Internationales Bündnis für eine freie digitale Welt
Europa muss jetzt eine Führungsrolle übernehmen und eine Koalition mit Brasilien, Kanada, Taiwan, Südkorea, Australien, Indien, Mexiko und vielen weiteren Ländern bilden, um gemeinsam gute Regeln für den digitalen Raum durchzusetzen und eine von monopolistischen Unternehmen unabhängige Tech-Landschaft aufzubauen. Offene Standards, Open-Source-Software, eine leistungsfähige Chip-Industrie, demokratische KI im Dienst der Menschen und nicht der Oligarchen sowie Schutz vor ausländischer Einflussnahme und illegalen Aktivitäten – all das lässt sich erreichen, wenn demokratische Staaten solidarisch zusammenarbeiten und sich nicht von Trumps Erpressung einschüchtern lassen. Ein Zusammenschluss von Ländern mit offenen digitalen Systemen und klarer Regulierung kann Demokratie und Freiheit gegen die globalen Herrschaftsansprüche amerikanischer und chinesischer Techno-Autokratien verteidigen.

weitere Antragsteller*innen

Brigitte Abraham (KV Frankfurt); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Jörn Pohl (KV Kiel); Thomas Schäfer (KV München); Martha Schuldzinski (KV Düsseldorf); Misbah Khan (KV Bad Dürkheim); Kilian Ochs (KV Potsdam); Lennart Quiring (KV Verden); Michaela Böll (KV Mannheim); Matthias Möhring (KV Bremen-Ost); Michael Lühmann (KV Göttingen); Anna Lührmann

(KV Main-Taunus); David Mohr (KV Bremen Links der Weser (LdW); Johannes Demel (KV Kassel-Stadt); Julia Höller (KV Bonn); Rebecca Lenhard (KV Nürnberg-Stadt); Simon Fenske (KV Bremen-Mitte); Kai Bojens (KV Stade); sowie 50 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.